

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).
Amtsblatt

Druckort: Rieser.
Grunn. Nr. 20.

Verlagsort: Leipzig 1100.
Circulanz Nr. 12.

für die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Rieser, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 18.

Donnerstag, 23. Januar 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierteljährlich 1.80 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Elben) 20 Pf., Zeitrauber und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Besondere Tarife, bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zahlung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Verzehnjährige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe, — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59, Verantwortlich für Redaktions-Verkehr: Hahnert, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Chemische Fabrik von Gröden in Mährisch Wehrdorf, auf ihrem dortigen Grundstück einen Chlorbromidbetrieb zu errichten. Gemäß § 25 der Reichswehrverordnung in der Fassung vom 26. Juli 1900 wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtsmitteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an zu rechnen, hier anzubringen. Großhain, den 22. Januar 1919.

Die Amtshauptmannschaft.
Vollmilch für Kälber betr.
Der Kommunalverband hat nach Gehör des Ernährungsausschusses beschlossen, für Kälber im Alter bis zu drei Wochen täglich 8 Liter Vollmilch und darüber hinaus bis zum Alter von sechs Wochen täglich 3 Liter Vollmilch zur Verfügung zu stellen. In den Wochen nachweisungen über Milchverzeugung sind die Kälber insoweit künftig getrennt aufzuführen. Die Bestimmung tritt sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt. Großhain, am 17. Januar 1919.

Der Kommunalverband.
Butter betr.
Der Buchstabe A der Speisefettkarte, gültig für die Woche vom 27. 1. — 2. 2. 1919, darf mit einem Viertel Erbsenbutter beliefert werden. Bezugsweise für Butter sowie Speisefettkarten für Gastwirtschaften dürfen voll mit Butter oder mit der gleichen Menge Margarine beliefert werden. Die Milchviehhalter dürfen auf den Kopf der von ihnen zu betreuenden Personen 100 Gramm verwenden, alle übrige Butter ist von ihnen an die zuständige örtliche Sammelstelle abzuliefern. Zuwiderhandlungen werden nach Punkt 2 der Bekanntmachung vom 1. November 1917 bestraft. Großhain, am 21. Januar 1919.

Der Kommunalverband.
Bekanntmachung.
Die Einwohner der Stadt Rieser und der Ortschaften des Amtsgerichtsbezirks Rieser werden aufgefordert, sämtliches im Privatbesitz befindliches Geeszeug, als Kleidungsstücke, Waffen, Rockschirme, Lederriemen u. v. m., umgehend nach Elbestraße 9 abzuliefern. Gleichzeitig wird aufmerksamer gemacht, daß nach Ablauf von 8 Tagen Hausdurchsuchungen vorgenommen werden und wird diejenigen Kreuze Strafe treffen, die sich nach im Besitz derartiger Gegenstände befinden. Da nachgewiesen ist, daß Kinder Militäreffekten aus den Kasernen entwendet haben, wird Kindern, sowie allen Jährlingen der Zutritt zu den Kasernen hiermit verboten. Großhain, am 21. Januar 1919.

Das Endergebnis aus den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung nach nichtmündlichen Wählungen stellt sich folgendermaßen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten: die Deutsche Volkspartei 84, Christliche Volkspartei 88, Deutsche Volkspartei 29, Deutsche Demokratische Partei 77, Sozialdemokratische Partei 164, die Unabhängigen 24, Fraktionslose 11 Sitze. Eine Verhinderung in der Mandatszuteilung hat sich auch im Wahlkreis Chemnitz ergeben. Nach den neueren Bestimmungen hat die Deutsche Demokratische Partei 3 anstatt 2 und die Deutsche Volkspartei 1 anstatt 2 Abgeordnete. Es hat also der frühere Kandidat Abgeordnete Günther Planen (Dem. P.) noch als gewählt zu gelten. Aus Berlin wird gemeldet: Dem Staatssekretär des Innern Dr. Preuss ist folgendes Telegramm der Stadt Weimar ausgegangen: Der Reichsregierung, die Weimars alten Ruhm durch Einderung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in Weimars Mauern ehrt, huldigen freudigbewegt, doch in voller Erkenntnis der ihnen auferlegten Verantwortung die Gemeindebehörden von Weimar, Oberbürgermeister Dorndorf.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind im ganzen 35 Frauen in die Nationalversammlung gewählt worden und zwar von den Reichssozialdemokraten 16, von den Unabhängigen 4, von den Demokraten 5, vom Zentrum 6 und von den Deutschen 8. Die engere Heimat, der Freistaat Sachsen, wird zwei Frauen in die Nationalversammlung nach der Weimarer Entscheidung. Beide gehören den Reichssozialisten an: Frau Lube-Dresden (gewählt im 28. Wahlkreis — Dresden) und Hausfrau Minna Schilling-Döbeln (gewählt im 30. Wahlkreis — Chemnitz).

Keine sozialistische Republik. Wie die Süddeutsche Korrespondenz mitteilt, hat die Regierung Ober-Schweidemann sich dahin ausgesprochen, daß eine sozialistische Republik nach Lage der Dinge nicht in Frage komme. Die Gesetzesvorläufe betreffend Sozialisierung wirtschaftlicher Betriebe werden eine weitere Einschränkung erfahren. Einer vermehrten Heranziehung bürgerlicher Mitglieder in die Regierung ist zugestimmt worden. Die Regierung Ober-Schweidemann wird auch gegen die Lohnforderungen der Arbeiter vorgehen. Die Sozialistische Korrespondenz schreibt hierüber in einem Artikel: „So geht es nicht weiter“ u. a.: „Es ist eine Schraube ohne Ende, und in den letzten paar Wochen ist der Wert des deutschen Geldes auf dem Weltmarkt wiederum in einem hohen Grade hinabgestürzt. Die deutsche Mark ist keine 45 Pfennige mehr wert. Die bisherige Methode der Arbeitslosenunterstützung wirkt unzureichend produktionshemmend. Der Straßenhandel und das Gastgewerbe nehmen überhand. Die Klagen und Lärme des Berlins sind aus, als ob das ganze Jahr über Weihnachtsmarkt wäre. Die Regierung würde ihre Pflicht erfüllen, wenn sie nicht mit der größten Energie gegen diese Zustände einschritte. Die fortgesetzten Lohnforderungen haben niemandem mehr als dem Arbeiter, denn sie vergrößern fortwährend die Arbeitslosigkeit und machen schließlich die Fortführung der Produktion überhaupt unmöglich. Ein Weiterkommen ist undenkbar, wenn jede lebenswichtige Arbeitskategorie in jedem Augenblick die Arbeit hinschmeißen kann. Die Reichsregierung ist in die

Die Gemeindebehörden sind verpflichtet, jede in ihrem Orte aufhältliche Person, die nach ihr gewordenen Kenntnis sich im Besitz von Geeszeug irgend welcher Art befindet, in Rieser, Rathildenstr. 9 beim H. u. S. Rat zur Anzeige zu bringen. Rieser, den 22. Januar 1919.

Arbeiter- und Soldatenrat Rieser.
(osa.) Scherffig, 1. Vorl. (osa.) Richter, 2. Vorl.
Es ist wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß sich Schulkinder im Besitz von scharfen Patronen befinden haben, die ihnen offenbar unvorsichtiger Weise von heimgekehrten Militärpersonen überlassen worden sind. Wie in der Presse bereits mehrfach berichtet worden ist, haben dann auch Spielereien mit solchen Patronen zu Unglücksfällen geführt. Eltern und Erzieher werden deshalb auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam gemacht und ersucht, vorkommenden Falles scharfe Munition ihren Kindern wegzunehmen und auf dem Polizeiamt abzuliefern. Der Rat der Stadt Rieser, am 22. Januar 1919.

Wir geben hiermit bekannt, daß Herr
Walter Weich
aus Döbeln von uns als Sparkassier und Protokollant in Pflicht genommen worden ist. Der Rat der Stadt Rieser, am 22. Januar 1919.

Ausgabe der Seifenkarten.
Gelegentlich der morgen stattfindenden Markenausgabe werden auch die neuen Seifenkarten mit ausgegeben. Der Rat der Stadt Rieser, den 23. Januar 1919.

Bekanntmachung.
die Inanspruchnahme der ausländischen Arbeiter auf das Jahr 1919 betr.
Auf Grund der im Anschluß an das Gesetz vom 11. Dezember 1908 erlassenen Ministerialverordnung vom 3. Dezember 1917 werden alle ausländischen Arbeiter, die in Gröba beschäftigt werden, hiermit aufgefordert, bis spätestens zum 31. Januar 1919 die Erneuerung der Legitimationskarten von 1918 im hiesigen Gemeindevorstand — Einwohnermeldeamt — zu beantragen. Die bis zu diesem Zeitpunkt beantragte Erneuerung der Karten erfolgt entweder gebührenfrei oder zu einer niedrigeren Gebühr als die später eingehenden diesbezüglichen Anträge. Bei Stellung des Antrages sind die Heimatspapiere beizufügen und die Gebühren zu entrichten. Die hiesigen Arbeitgeber werden ersucht, für die Stellung des Antrages durch ihre Arbeiter Sorge zu tragen, gegebenenfalls ihnen dabei behilflich zu sein. Gröba, Elbe, am 22. Januar 1919. Der Gemeindevorstand.
Der Plan über die Herstellung einer unterirdischen Telegraphenlinie in Jahnshäufen liegt beim Postamt Rieser vom 29. ab 4 Wochen aus. Dresden - A., den 21. Januar 1919. Ober-Postdirektion.

Die Regierung über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In der vorgestrigen Kabinettsitzung haben sämtliche Staatssekretäre, verschiedene andere hohe Reichsbeamte, die Oberste Landesleitung, vertreten durch General Groener, und die Reichsbank, vertreten durch Herrn von Gläsenapp, teilgenommen. Es wurden insbesondere besprochen die Fragen, die zur Kompetenz des Demobilisationsamtes gehören, die Fragen der Finanzwirtschaft, des Verkehrs der Kohlenversorgung und der Arbeitslosigkeit. Einmütig wurde der jetzige Zustand als unumgänglich bezeichnet und eine recht radikale Aenderung als Vorbedingung der wirtschaftlichen Aufrichtung Deutschlands bezeichnet. Es ist zu erwarten, daß das Kabinett schon in der nächsten Zeit nach den Geboten der Notwendigkeit handeln wird.

Zur Lage.

Die Frage des Völkerverbundes. Präsident Wilson vollendete seine Denkschrift über den Völkerverbund, die er der Pariser Konferenz vorlegen wird. — In einem Interview mit dem Korrespondenten der „Associated Press“ in Paris erklärte Lord Robert Cecil, daß Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und die Türkei dem Völkerverbund beitreten könnten, sobald der Bund überzeugt sei, daß sie gerechtigt wären, ihren Platz unter den zuverlässigen Nationen der Welt einzunehmen. Cecil sagte, wahrscheinlich würden sich aus der österreichischen Monarchie getrennte Einzelstaaten entwickeln. Auch hierbei müßten stabile, zuverlässige Regierungen geschaffen werden. — Dem „Allgem. Handelsbl.“ zufolge meldet die „Times“ aus New York, daß dem Washingtoner Vertreter der „Evening News“ zufolge fast wahrscheinlich der Nachfolger Wilsons als Friedensdelegierter sein wird, sobald der Präsident nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt ist. Obgleich er Republikaner ist, hält man ihn im allgemeinen dafür geeignet, vor allem wegen seines Ansehens als früherer Präsident. Einer Meldung der „Times“ aus Toronto zufolge, hielt Laist im dortigen Club eine Rede, in der er für den Völkerverbund und eine gute Verständigung mit England eintrat. Er sagte, daß Deutschland in den Völkerverbund nicht zugelassen werden dürfe, so lange es keine Reue zeige. Die deutschen Kolonien sollten durch den Völkerverbund verwaltet werden. Das sei besser, als wenn England sie bekomme. Das würde sonst später zu Gegenbesetzungen Anlaß geben und bei bestimmten Gruppen in Frankreich und Amerika das Gefühl hervorrufen, daß England den Krieg zum eigenen Vorteil ausgenutzt habe. Diese Ansicht würde nicht richtig sein. Aber alle Möglichkeiten zu Missverständnissen müßten vermieden werden. — Weiter meldet aus Paris: Obwohl das russische Problem zur Zeit die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz in Anspruch nimmt, tritt die Frage der Organisation des Völkerverbundes in ihrer ganzen Breite aus dem Hintergrunde heraus. Man ist sich vollständig darüber klar, daß der keineswegs unwichtige Zweig des Völkerverbundes der Teil ist, der die Arbeiterfrage behandelt. Auf britischer Seite ist Barnes sehr eifrig mit dieser Frage beschäftigt. Die Vorschläge von Barnes werden, nachdem sie durch die britische Abordnung behandelt worden sind, dem Sekretariat der Konferenz übergeben werden, um zur Vorlage zu kommen, wenn die Arbeiterfragen in nächster Zeit auf der Konferenz zur Verhandlung stehen. Bisher ist nicht

ernstliche Beratung dieser Frage eingetreten. Sie wird sich zweifellos davon überzeugen müssen, daß Arbeitslosenunterstützung ohne schärfste Kontrolle und Pflicht zur Annahme angemessener Arbeit unmöglich und daß Löhne und Preise behördlich geregelt werden müssen, wenn die Weiterführung der Wirtschaft überhaupt möglich sein soll. Die notwendigen Maßnahmen werden unpopulär sein, aber es geht jetzt nicht um den Wahlerfolg, sondern um das Leben.

Die Streikbewegung im Reich.

Der Streik in Berlin. Die „B. A. am Mittag“ meldet: Gestern vormittag haben erneute Beratungen wegen des Streiks der Arbeiter der Berliner städtischen Elektrizitätswerke im Rathause stattgefunden. Nachdem der Berliner Magistrat sich bereit erklärt hatte, das Einigungsamt des Berliner Gewerbebezirks anzurufen und, sofern dort ein Vergleich mit den Arbeitern nicht möglich werden sollte, einen Schiedspruch des Gerichts entgegenzunehmen, haben gestern vormittag die Arbeiter auf Vorschlag ihrer Organisation einen gleichen Beschluß gefaßt. Das Einigungsamt ist bereits um 10 Uhr vormittags zusammengetreten. Den Vorsitz führt der Magistratsrat v. Schulz. Die Arbeiter verlangen für Heizer und Maschinenisten je Stunde 2,80 M., nach einem Jahre 2,75 M., für Fachbandwerker und Revisor 2,85 bis 3 M., für Schmirer und Hilfsarbeiter 2,50 bis 2,65 M., jugendliche Arbeiter und Frauen 1,85 bis 2 M. Außerdem sollen die heutigen Zuschläge für Nacharbeit und Sonntagsarbeit von 25 bzw. 50% bestehen bleiben. Alle Arbeiter sollen nach einem Jahre sieben Werttage, nach zweijähriger Tätigkeit vierzehn Tage Urlaub erhalten. — Von gestern abend 8 Uhr wird aus Berlin gemeldet: In dem Elektrizitätsarbeiterstreik ist soeben eine Einigung zustande gekommen. Berlin kann in kurzer Zeit mit dem Wiederbeginn der elektrischen Beleuchtung und für den späten Abend mit der Aufnahme des Straßenbahnverkehrs rechnen.

Proteststreik in Danzig. Der Volkswirtschaftsrat in Danzig ordnete für heute Donnerstag einen allgemeinen Proteststreik wegen der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs an. Die Theater und Kinos müssen schließen. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen.

Der Eisenbahnarbeiterstreik in Halle. Nachdem die ausländischen Eisenbahnarbeiter vorgehen beschlossen hatten, auch den Personenzugverkehr auf dem Bahnhof Halle zum Stillstand zu bringen, haben, wie die „Halle'sche Ztg.“ meldet, die Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Vertretern der Eisenbahner inzwischen zu einer Einigung geführt. Die Direktion hat in die Entlassung einiger misliebiger Vorgesetzter eingewilligt.

Der Generalstreik in Braunschweig. Am Montag nachmittags 2 Uhr ist der Generalstreik in Braunschweig ausgedrochen. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Die Telefon- und Postverbindungen sind teilweise gestört. Die Zeitungen dürfen nicht erscheinen. Es fanden am Dienstag verschiedene Demonstrationen statt. Der Bahnverkehr ist spärlich. — Wie gemeldet wird, ist der Generalstreik nach dreitägiger Dauer fast beendet erklärt worden. Wie von der Streikleitung bekanntgegeben wurde, erhielt sie von der braunschweigischen Regierung das Versprechen, daß diese mit Berlin zu dem Zwecke in Verbindung tritt, um die Regierung Ober-Schweidemann zur Abdankung zu bewegen und eine wirklich sozialistische Regierung anzukündigen zu bringen.